

1. Einleitung

Der Kapitalismus basiert auf einem *widersprüchlichen* und *in Ungleichheit begründeten System*. Bis heute stehen sich Kapital und Arbeit unversöhnlich gegenüber. Die Umwelt findet keinen hinreichenden Schutz. Da helfen auch keine mystifizierenden Beschönigungen einer sogenannten *sozialen Marktwirtschaft*. Der »Stachel der Konkurrenz«, der angeblich alle mit Verlust oder sogar Untergang bedroht, der als ein gerechtes *Entmachtungsinstrument* die Marktakteure disziplinieren und gleichzeitig für optimale Wohlfahrts- und Verteilungsergebnisse sorgen soll, wirkt durch Kapitalkonzentrationen und Marktmacht ständig gegen die Konkurrenz selbst und negiert das Soziale. Es bleibt im Kern bei der von Karl Marx beschriebenen »Kritik an der politischen Ökonomie« des Kapitalismus. Der abhängig Beschäftigte ist *systemkonstituierend* und dem Kapital gegenüber *ohne gleichberechtigte Mitbestimmungsrechte* im Produktionsprozess eingebunden (gefangen). *Eigentumsrechte an den Produktionsmitteln* wiegen im Kapitalismus mehr als der objektive ökonomische Tatbestand einer jeden Produktionsfunktion, die besagt, dass allein mit dem Einsatz von Kapital, mit vergegenständlichter menschlicher Arbeit, kein Produktionsoutput möglich ist. Außerdem erhält der Beschäftigte aus der arbeitsteilig generierten Wertschöpfung nur einen Lohn als »*Wert seiner Arbeitskraft*« und nicht den vollen »*Wert seiner Arbeit*«. Und der Unternehmer fragt nur solange Arbeitskräfte an den Arbeitsmärkten nach, wie diese ihm einen Gewinn verschaffen, der wiederum, eigentumsrechtlich abgesichert, ausschließlich der privaten Verfügungsgewalt der Kapital-eigner unterworfen ist.

Die Gesamtsumme der Arbeitseinkommen – selbst bei einer Konsumquote von eins (bei der aus dem Arbeitseinkommen demnach nichts gespart wird) – ist immer zu gering, um als *Gesamtnachfrage* die produzierte Warenmenge einer Abrechnungsperiode zu kaufen. Ohne eine entsprechende *Konsum- und Investitionsnachfrage der Kapitaleigentümer* lassen sich die in der Produktion entstehenden Gewinne, Zinsen, Mieten und Pachten, also der Mehrwert, an den Absatzmärkten nicht erzielen. Damit hängt die Höhe der Realisierung der gesamtwirtschaftlichen Mehrwertsumme, insbesondere wenn die abhängig Beschäftigten entgegen der obigen Annahme *sparen*¹, letztlich nur von der *Konsumtion* und von der *Investitionssumme der Kapitaleigentümer* ab. »Damit bestimmen die Unternehmer *selbst* über den Umfang ihrer Einkünfte: Je fleißiger sie konsumieren und investieren, desto mehr Gewinn fällt an.«² John Maynard Keynes fasste diesen Sachverhalt in seinem bekannten Theorem vom »*Krug der Witwe*« wie folgt zusammen:

»Welchen Teil ihrer Gewinne die Unternehmer auch für den Konsum verwenden, der Vermögenszuwachs zugunsten der Unternehmer bleibt der gleiche wie zuvor. Somit sind die Gewinne, als eine Quelle der Kapitalakkumulation bei den Unternehmern, unerschöpflich wie der Krug der Witwe, wie viel davon auch immer einer ausschweifenden Lebensführung dient.«³

Allein von 2000 bis 2007, vor der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise, verzeichneten die Unternehmen in Deutschland einen Zuwachs der jährlichen Gewinne von 197 Mrd. Euro, wovon sie 84 Mrd. Euro für private Zwecke ihrer Eigentümer ausgeschüttet haben. Der Rest in Höhe von 113 Mrd. Euro blieb in den Unternehmen, wurde also

-
- 1 Aber nur zur Bildung von *Geldvermögen*, da sie nicht investieren. Sie kaufen keine Maschinen. Tun sie dies über eine Umwandlung ihrer Ersparnis in Form von *Kapitalbeteiligungen an Unternehmen* doch, so werden sie zu Kapitaleignern. Sie erfüllen dann eine Doppelfunktion: Sie sind und bleiben abhängig Beschäftigte und werden aber gleichzeitig auch Shareholder.
 - 2 Helmedag, F., Effektive Nachfrage, Löhne und Beschäftigung, in: Keynes' General Theory nach 75 Jahren, Kromphardt, J. (Hrsg.), Schriften der Keynes-Gesellschaft, Bd. 5, Marburg 2012, S. 98.
 - 3 Keynes, J. M., Vom Gelde, Berlin 1955, S. 113.

thesauriert. Die Aufwendungen für Anlageinvestitionen haben aber nur um 14 Mrd. Euro zugenommen. Das heißt 99 Mrd. Euro wurden als Finanzinvestitionen angelegt. 2007 sind außerdem die inländischen Bruttoinvestitionen der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften (dies sind alle produzierenden Kapitalgesellschaften ohne Banken und Versicherungen) in Höhe von 250 Mrd. Euro zu 78 v. H. durch Abschreibungen finanziert worden.⁴ Somit waren die Unternehmer neben den Abschreibungen aus bereits getätigten Investitionen zur Finanzierung ihrer zukünftigen Investitionen nicht auf die *Ersparnisse der Arbeiter* angewiesen, die sie im Idealfall als Kredite nachfragen und über wachstums- und beschäftigungsschaffende *Realinvestitionen* in den Wirtschaftskreislauf zurückführen sollen. Es reichte eine Innenfinanzierung aus dem Cash Flow (Abschreibungen und Gewinnen), wobei jeweils die Wiederanlage des Cash Flow an eine *Profiträterwartung* geknüpft ist. Ist sie aus Sicht der Kapitaleigner nicht hinreichend, folgt daraus eine realwirtschaftliche *Investitionsblockade*, und die Überschüsse werden auf den *Finanzmärkten* zur kurzfristigen Anlage in Finanzaktiva geparkt. Daher garantiert ein Mehr an Gewinn auch nicht automatisch ein Mehr an realwirtschaftlichen Investitionen. Dies zeigt überdeutlich der empirische Befund einer *Entkopplung von Gewinn- und Investitionsquote*.⁵ Die behauptete »*G-I-B Formel*«: Gib den Unternehmern heute mehr Gewinn, so kommt es morgen zu mehr Investitionen und danach zu mehr Beschäftigung, ist eine neoliberale Mär. Der *Circulus vitiosus* von höheren Gewinnen und daraus folgenden höheren beschäftigungsschaffenden Realinvestitionen geht in der wirtschaftlichen Realität nicht auf. In der produzierenden Wirtschaft kommt es bei einer nicht hinreichenden Profiträterwartung zu einem Nachfrageausfall. Nur der *Staat* kann dann noch mit einer entsprechenden *kreditfinanzierten Staatsnachfrage* die Krise im Kapitalismus verhindern, da das einzelwirtschaftliche Streben nach einer maximalen Profiträte einer »*gesamtwirtschaftlichen Rationalitätsfalle*« unterliegt, »d. h. das, was der Einzelne mit seinem Handeln

4 Vgl. Vring, T. von der, Wirtschaftspolitische Konsequenzen aus der Krise, in: WISO-Diskurs, Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Bonn 2010, S. 18.

5 Vgl. Prieue, J., Rietzler, K., Deutschlands nachlassende Investitionsdynamik 1991–2010, in: WISO diskurs, Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Bonn 2011.

beabsichtigt, und die gesamtwirtschaftliche Rationalität, d. h. das, was sich für die Gesamtheit als Ergebnis einstellt, fallen auseinander.«⁶ Hier zeigt sich neben dem grundsätzlichen kapitalistischen Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit auch ein Auseinanderfallen von betriebs- und volkswirtschaftlichem Denken und Handeln. Den einzelnen Unternehmer interessiert nur seine maximale Gewinnaneignung und nicht das volkswirtschaftliche System als Ganzes.

Diese Grundlagen der antagonistischen kapitalistischen Ökonomie werden im Folgenden herausgearbeitet. Dazu gehören insbesondere die Beschreibung des erweiterten kapitalistischen *Akkumulationsprinzips und -prozesses* und die darin angelegte Mehrwertproduktion und -realisation. Danach wird ausführlich auf das *Konkurrenzprinzip*, auf *Arbeitsmärkte* und auf *Staatsverschuldung* eingegangen, die alle einen wesentlichen Einfluss auf die Kapitalakkumulation ausüben. Nach dieser allgemeinen Fundierung wird dann kurz die konkrete *Entwicklung des kapitalistischen Systems* nach dem Zweiten Weltkrieg, insbesondere bezogen auf die Bundesrepublik Deutschland, analysiert und beschrieben. Hier soll die Herausbildung des *marktradikalen Neoliberalismus*⁷ und seine

6 Bofinger, P., Wir sind besser als wir glauben. Wohlstand für alle, 3. Aufl., München 2005, S. 108.

7 Der *Begriff Neoliberalismus* wurde zum ersten Mal 1938 von anti-sozialistischen Denkern als neue Bezeichnung vorgeschlagen. Für Neoliberale war »das abschreckende Anschauungsbeispiel die Oktoberrevolution in Russland und der bald erkennbare totalitäre Charakter des kommenden Sowjet-Staats. Das Ende des Liberalismus sahen die Begründer der neoliberalen Bewegung aber auch im Westen herannahen. Als Vorboten betrachteten sie die Erfahrung der ›Vermassung‹ und Zentralplanung im Ersten Weltkrieg sowie die beschleunigte Unternehmenskonzentration, mächtigere Gewerkschaften und zunehmende staatliche Einflussnahme auf die Wirtschaft. Mit der Weltwirtschaftskrise war der Kapitalismus – die dezentrale Privatwirtschaft – weithin diskreditiert. Der Rückhalt für die Idee eines ›minimalinvasiven Staats‹ (Gerhard Willke) schwand. In Deutschland eroberte mit den Nationalsozialisten bald ein weiteres totalitäres Regime die Macht. Und selbst in den liberalen Musterländern Großbritannien und USA hielten ›Wirtschaftslenkung‹ und groß angelegte Sozialprogramme als Reaktion auf die Krise Einzug. Kurz: der ›Kollektivismus‹ schien über den ›Individualismus‹ gesiegt zu haben. Neoliberale Ideen entstanden an verschiedenen Orten: Chicago, London, Freiburg i. Br. und der sozialdemokratischen österreichischen Hauptstadt Wien«. Wolter, P., Kernthesen

krisenverschärfende Tendenz durch *Privatisierung*, *Liberalisierung* und *Deregulierung* sowie eine zunehmende (gewollte) *Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen* aufgezeigt werden, die sich aktuell in der schärfsten Krise des Kapitalismus seit den 1920er Jahren als weltweite *Finanz- und Wirtschaftskrise* und als *EU-Krise* entlädt. Abschließend werden zur Krisenbekämpfung konkrete *wirtschaftspolitische Maßnahmen* und allgemein zur *Zähmung des Kapitalismus* eine dringend notwendige, ordnungstheoretische Alternative in Form einer *Wirtschaftsdemokratie* dargelegt.

des Neoliberalismus, unveröffentlichtes Manuskript, Düsseldorf 2012, S. 4. Zur Kritik am Neoliberalismus vergleiche ausführlich: Butterwegge, C., Lösch, B., Ptak, R., Kritik des Neoliberalismus, Wiesbaden 2007, Schui, H., Ptak, R., Blankenburg, S., Bachmann, G., Kotzur, D., Wollt ihr den totalen Markt? Der Neoliberalismus und die extreme Rechte, München 1997.

Inhalt

| | |
|--|-----------|
| 1. Einleitung | 7 |
| 2. Der kapitalistische Produktions- und Akkumulationsprozess | 12 |
| 2.1 Ohne abhängig Beschäftigte kein Kapitalismus | 12 |
| 2.2 In der Produktion entsteht der Mehrwert | 15 |
| 3. Über die Realisation der Wertschöpfung soll der Wettbewerb entscheiden | 19 |
| 3.1 Bei Wettbewerb gibt es keinen Gewinn | 19 |
| 3.2 Nur Innovationen sollen im Wettbewerbsprozess belohnt werden | 23 |
| 3.3 Target return pricing | 28 |
| 3.4 Die Profitrate ist entscheidend | 31 |
| 3.5 Das Shareholder-Value-Prinzip | 37 |
| 3.6 Wettbewerbe ohne Kontrolle | 42 |
| 3.6.1 Konzentrationsprozesse | 42 |
| 3.6.2 Kartellierungen | 46 |
| 3.6.3 Rechtliche Sanktionen reichen nicht | 51 |
| 3.7 Temporär mehr – langfristig weniger Wettbewerb | 58 |
| 4. Ware Arbeitskraft und ihre Besonderheit | 68 |
| 4.1 Der neoklassische/neoliberale Arbeitsmarkt | 68 |
| 4.2 Theorie und Realität an den Arbeitsmärkten | 70 |
| 4.3 Arbeitslosigkeit und ihre Folgen | 79 |
| 4.4 Ohne Arbeitszeitverkürzung weiter Massenarbeitslosigkeit | 83 |

| | |
|--|------------|
| 5. Staat, Staatsverschuldung und Auslandsnachfrage | 94 |
| 5.1 Diskreditierung des Staates | 94 |
| 5.2 Steuern und Abgaben reichen nicht | 100 |
| 5.3 Staatshaushalt ist kein Privathaushalt | 107 |
| 5.4 Umverteilung durch Staatsverschuldung richtig interpretieren | 108 |
| 5.5 Generationengerechtigkeit wird nicht verletzt | 109 |
| 5.6 Den Schulden steht immer gleich viel Vermögen gegenüber | 110 |
| 5.7 Exporte über alles – aber kein Ausweg | 114 |
| 6. Wirtschaftspolitische Konzeptionen nach dem Zweiten Weltkrieg | 121 |
| 6.1 Die neoliberale Wende in der Bundesrepublik ab Mitte der 1970er Jahre | 125 |
| 6.2 Die Rechtsliberale Koalition verschärfte den neoliberalen Kurs | 128 |
| 6.3 Wegfall der Systemkonkurrenz | 130 |
| 6.4 Zusammenbruch der New Economy | 134 |
| 7. Zur aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise | 150 |
| 7.1 Kausalitäten werden auf den Kopf gestellt | 150 |
| 7.2 Die Finanzmärkte blähten sich auf | 155 |
| 7.3 Immer mehr Kredite – immer mehr Geldschöpfung | 158 |
| 7.4 Die Rolle der Banken | 166 |
| 7.5 Die solventen Schuldner gingen (gehen) aus | 173 |
| 7.6 Krisenzeiten sind keine Erkenntniszeiten | 177 |
| 8. Europa geht anders – Wirtschaftsdemokratie als Alternative | 188 |
| 8.1 Politische Union und Anpassung des Gesellschaftsrechts | 191 |
| 8.2 Staatliche Wettbewerbs- und Regulierungspolitik | 194 |
| 8.3 Makroökonomische Forderungen | 205 |
| 8.3.1 Schuldenerlass | 206 |
| 8.3.2 Geld- und Finanzpolitik in Europa | 212 |
| Literatur | 222 |

Heinz-J. Bontrup



Krisenkapitalismus und EU-Verfall

PapyRossa